

Herausforderung

Der Trialog „Grünbuch Strommarktdesign – Von nationalen Klimaschutzziele zu nachhaltiger europäischer Stromerzeugung“ verfolgte das Ziel, den öffentlichen Konsultationsprozess zum im Oktober 2014 vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) veröffentlichten Grünbuch „Ein Strommarkt für die Energiewende“ zu unterstützen. In der Debatte um die im Grünbuch vorgestellten Maßnahmen zur Optimierung des Strommarktes und der Grundsatzfrage nach der Einrichtung eines Kapazitätsmarktes sollten gemeinwohlorientierte bzw. langfristig durchdachte Interessen von kurzfristigen unreflektierten Partikularinteressen gefiltert werden, um einen *Grundkonsenskorridor* für nachhaltige Politik abstecken zu können.

Herangehensweise

Am 10. Dezember 2014 führte die HUMBOLDT-VIADRINA Governance Platform (HVGP) die durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie geförderte ganztägige Trialog-Veranstaltung in Berlin durch. Die Trialoge der HVGP ermöglichen als Multi-Stakeholder-Treffen nationale und transnationale Verständigungsprozesse. Durch ihre argumentative, durchaus konflikthafte Auseinandersetzung schaffen sie Transparenz, eröffnen Win-Win-Situationen und bereiten so einen überparteilichen Korridor vor, innerhalb dessen gemeinwohlorientierte demokratische Politik Lösungen finden und Entscheidungen treffen kann. Insgesamt nahmen 51 Vertreter/innen aus Politik, dem Unternehmenssektor, der organisierten Zivilgesellschaft sowie aus Wissenschaft und Medien teil, die sowohl aus Deutschland als auch aus Polen, Frankreich, Norwegen, Großbritannien und den Niederlanden kamen.

Ergebnisse

Die wissenschaftliche Auswertung des Trialogs kam zu den hier zusammengefasst dargestellten Ergebnissen. Dabei besteht *eine Schwierigkeit* der Grundsatzfrage nach der Gewährleistung der Versorgungssicherheit darin, dass *eine Reihe von Faktoren* zur Beantwortung *prognostiziert* werden müssen, *also unsicher* sind. Neben dem geschätzten Maß an derzeitigen und mittelfristigen Überkapazitäten und dem Marktberaumungsprozess hinsichtlich der Kraftwerke zählen hierzu: der zu erwartende Netzausbau, der Umfang der europäischen Kooperation und der Zugewinn an Vertrauen, die nachfrageseitige Flexibilisierung sowie die damit zusammenhängende Weiterentwicklung von Technologien. Diese Faktoren sind nur bedingt klar, sicher oder überhaupt messbar. Nichtsdestotrotz muss bei der Erstellung, Nutzung und Bereitstellung von Daten und Szenarien auf Transparenz, Quellen und Verständlichkeit geachtet werden. *Nur dann kann Politik verständnisorientiert argumentieren und breite Zustimmung erfahren.*

In der Zusammenschau ergibt sich der folgende Grundkonsenskorridor:

I) innerhalb Deutschlands:

- Alle Akteure bejahen die **Zieltrias Versorgungssicherheit, Nachhaltigkeit, Wirtschaftlichkeit**. Keines der energiepolitischen Ziele sollte in einer Entscheidungsfindung komplett ausgeblendet werden. Es wird aber nicht zu vermeiden sein, dass es *Zielprioritäten zumindest auf Zeit* geben wird.
- Der **Kraftwerkspark** befindet sich derzeit in einem Veränderungsprozess mit unterschiedlichen möglichen Folgen:
 - a) Eine Verdrängung von klimafreundlicheren Gaskraftwerken durch Kohlekraftwerke im Marktberaumungsprozess ist nicht gewünscht. Folgt daraus eine eindeutige Hierarchie zugunsten von Gaskraftwerken? Oder müssen hier – zumindest zeitweise - weitere z.B. regionale Faktoren einbezogen werden?

- b) Die Stilllegung von Kraftwerken allgemein wird *Anschlussprobleme* und *-chancen* mit sich bringen. Bisher werden dabei fast ausschließlich die *Risiken* nationaler oder regionaler *Versorgungsengpässe* diskutiert. Aber zum einen muss beispielsweise auch eine dadurch entstehende regionale *Arbeitslosigkeit* von der Politik thematisiert werden. Zum anderen sollte es nicht nur um *Risiken* von *Versorgungsengpässen* gehen. Sie können auch die Aufmerksamkeit auf Energieeinsparpotentiale in der Industrie und auf dezentrale Stromversorgung lenken, *neue Dynamiken* zugunsten von Energieeffizienz auslösen und damit *neue Chancen* eröffnen, auch zugunsten von neuen Arbeitsplätzen.
- Die **Veränderungen des Arbeitsmarktes**, z.B. der Qualität der Arbeit durch die Energiewende müssen offen und explizit diskutiert werden, damit für dieses wichtige politische Problem der Energiewende verträgliche und nachhaltige Lösungen gefunden werden können.
 - Der **Netzausbau** wird breit unterstützt, aber auch hier ist eine engere Abstimmung zwischen betroffenen und beteiligten Akteuren erwünscht. Die durch die Europäische Kommission angeregte Liste und die Finanzierungsoptionen zu Vorhaben von gemeinsamen Interesse (Projects of Common Interest) können in diesem Zusammenhang als förderlich gewertet werden, allerdings wird der Auswahlprozess hinsichtlich mangelnder Transparenz kritisiert. Diese Transparenz zu schaffen kann zur Klärung eines diesbezüglichen *Grundkonsenskorridors* beitragen.
 - Das **Energiesystem** steht derzeit vor einer drastischen Veränderung, die von allen Akteuren erkannt wird. Dabei scheint sich das Energiesystem in eine „alte, konventionelle“ und eine „neue, regenerative“ Welt zu spalten, die sich in ihrer Funktionslogik voneinander entfernen. Entsprechend werden eine Optimierung des Strommarktdesigns sowie eine strategische Reserve als *Brückenlösung* befürwortet. Welche Maßnahmen im Detail zur Optimierung getroffen werden sollen und wie eine strategische Reserve ausgestaltet werden kann, sollte weiter diskutiert werden.

II) in Europa:

- Grundsätzlich werden ein **intensiverer und breiterer Austausch und Kooperationsbestrebungen** mit den europäischen Mitgliedstaaten gewünscht. Die Energieunion wird als mögliches zukünftiges Forum betrachtet, um die europäische Versorgungssicherheit eingebettet in die verschiedenen nationalen Ausgangslagen sowie die Ziel-Trias zu diskutieren. Leitbild und Funktionsweise der Energieunion sind aber derzeit noch offen.
- Hinsichtlich der zu entscheidenden **Grundsatzfrage des Grünbuchs** gab es, wie zu erwarten, große Divergenzen. Der kleinste gemeinsame Nenner ist die Notwendigkeit einer europäischen Koordination, sollte Deutschland, wie bereits in anderen Mitgliedsländern vorgesehen, einen Kapazitätsmarkt einrichten. Dabei sollte bereits jetzt eine Diskussion auf europäischer Ebene darüber begonnen werden, welche Risiken und Chancen mit der Schaffung von diversen nationalen Kapazitätsmärkten entstehen und wie deren Koordinierung strukturiert sein könnte.
- Weitsichtiger und nachhaltiger allerdings, zugleich dringlich in Bezug auf den Zeithorizont wäre eine **verständigungsorientierte Kommunikation mit den europäischen Nachbarn** über neue Chancen für die Energiesicherheit sowohl in Deutschland als auch in Europa durch eine gemeinsame europäische Strategie. Sie müsste die verschiedenen diesbezüglichen Interessen, Perspektiven und Implikationen zur Sprache bringen. Unter diesen Bedingungen bietet sie weiteren Raum für einen energiepolitischen Grundkonsens in Deutschland und in Europa.

Konkrete Folgerungen für die Alternative zwischen Kapazitätsmarkt oder einem Energy-Only-Markt wurden für das BMWi expliziert.